

Jahreshauptversammlung

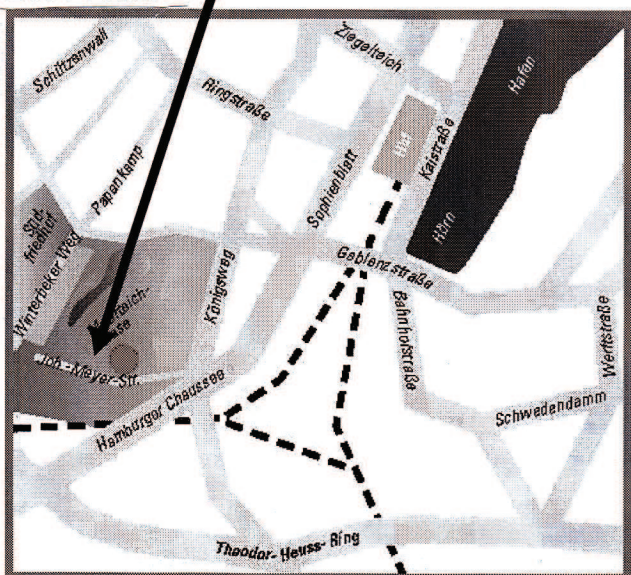
Samstag, den 6. September 2014

Einladung zur Jahreshauptversammlung

Samstag, 6. September 2014
11.00 Uhr bis 15.00 Uhr

Start ab 10.00 Uhr mit einem gemeinsamen Frühstück

Bodelschwingh-Haus
Johann-Meyer-Straße 13
24114 Kiel



Bushaltestelle: Hummelwiese oder Rondeel

Parken: auf der Wiese hinter dem Haus



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
Kreisverband Kiel
Jungmannstraße 50
24105 Kiel

Tel: 0431 – 578552

Fax: 0431 – 578367

Mail: kv.kiel@gruene.de

www.gruene-kiel.de

Tagesordnung

TOP 1: Formalia

Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bestätigung des Präsidiums

Beschlussfassung über die Tagesordnung

Beschlussfassung des Protokolls der
Kreismitgliederversammlung vom 7.5.2014

TOP 2: Haushalt und Entlastung des Vorstandes

a. Rechenschaftsbericht des Vorstandes

b. Beratung und Beschluss Haushaltsentwurf
2014 und MiFrifi

c. Rechnungsprüfungsbericht

d. Entlastung des Vorstands auf Antrag

TOP 3: Wahlen

a. DelegiertInnen und ErsatzdelegiertInnen
zur Bundesdelegiertenkonferenz

b. Wahl der DelegiertInnen und
ErsatzdelegiertInnen zum Kleinen
Parteitag

TOP 4: Anträge

a. Antrag zum Trainingszentrum THW

b. Antrag Grüne Stadtwerke

TOP 6: Berichte

Ratsfraktion

Landtagsfraktion

Bundestagsfraktion

TOP 7: Verschiedenes

Berichte und Termine

Liebe Freundinnen und Freunde,

nach einem ereignisreichen Jahr liegt ein wunderschöner Sommer hinter uns, den ihr hoffentlich genießen konntet.

Zum Auftakt eines weiteren politischen Jahres in unserem Kreisverband laden wir euch herzlich zum zweiten Teil der Jahreshauptversammlung im Bodelschwinghaus ein. Wir beginnen mit einem gemeinsamen **Brunch** ab 10 Uhr.

Geplante und ungeplante Ereignisse machten das vergangene Jahr sehr abwechslungsreich. Wir freuen uns auf ein (hoffentlich) wahlkampffreies Jahr, in dem wir uns verstärkt mit grünen Themen auseinandersetzen und mehr Möglichkeiten an einzelnen Aktionen teilzunehmen schaffen wollen.

Mit dem **Rechenschaftsbericht** des Vorstandes wollen wir einen Blick zurück werfen, aber auch einen Ausblick auf das geben, was euch im kommenden Jahr erwartet. Dazu muss der **Haushaltswurf 2014** beraten und abgestimmt werden. Politisch stehen das **Trainingszentrum Projensdorf** und ein Antrag zur Kommunalisierung der **Stadtwerke** auf der Tagesordnung. Darüber hinaus suchen wir Interessierte, die sich als Delegierte zur **Bundesdelegiertenkonferenz** (die nächste findet vom 21. bis 23. November in Hamburg statt) bewerben.

Wir freuen uns auf eine spannende Jahreshauptversammlung mit euch!

Euer Vorstand

Protokoll KMV, am 07.05.2014 in der „Pumpe“, Kiel

TOP 1: Formalia

Um 19:42 Uhr sind 46 Mitglieder anwesend, die Versammlung ist beschlussfähig.

Das des Präsidium bestehend aus Claudia, Shamal, Kim, Protokoll: Michael wird einstimmig bestätigt.

Die TO wird unverändert einstimmig beschlossen.

Das Protokoll der KMV/JHV I vom 08.04.14 wird in der vorgelegten Form einstimmig beschlossen.

TOP 2: Vorstellung von Renate Treutel (Dezernentin für Jugend, Bildung und kreative Stadt)

TOP 3: Europawahlkampf 2014

Es wird um rege Teilnahme an den Wahlkampfständen bis inklusive 24. Mai gebeten. Besondere Termine:

- 20. Mai: Jan Philipp Albrecht kommt um 16:30h in die Holstenstraße
- 23. Mai: Luise mit einer Aktion zur Flüchtlingspolitik in der Holstenstraße

TOP 4: Nachwahl Kreisvorstand

Für die Zählkommission werden Karolina, Johannes und Philipp vorgeschlagen und einstimmig angenommen.

Zur Wahl stehen und stellen sich vor:

- Gisela Schulz

Wahlergebnis (vorgestellt nach TOP 5):

| Name | Ja | Nein | Enthaltung |
|---------------|----|------|------------|
| Gisela Schulz | 36 | 3 | 4 |

Gisela ist damit gewählt und nimmt die Wahl an.

TOP 5: Informationen zum Lehrerbildungsgesetz

Lydia Rudow stellt den Antrag den Antrag vor. Anschließend Diskussion. Zwischendurch wird eing GO-Antrag von Philipp zur Schließung der Rednerliste per Akklamation angenommen.

Uta Klein beantragt eine Änderung: Einfügung von „vor allem“ in der letzten Zeile des dritten Absatzes nach „und auf einen Ausbau“. Die Änderung wird bei einer Gegenstimme und sechs Enthaltungen angenommen.

Der Antrag wird in der geänderten Form bei 2 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen angenommen.

TOP 6: Verschiedenes

Elisabeth weist auf den zweiten Grünen Stammtisch am 8. Mai im „Bambule“. Der Grüne Stammtisch soll regelmäßig am 1. Donnerstag eines Monats stattfinden und durch die Stadtteile wandern.

Claudia weist auf den Stadtpaziergang des Forums Grüne Stadtentwicklung am Samstag den 17. Mai von 14:00h bis 16:00h, der an der Burgstraße 44 beginnt.

Shamal berichtet von einer Veranstaltung am 9. April.

Johannes berichtet von den Montagsdemos, die mutmaßlich von Antisemiten unterwandert seien, und wirbt für eine Gegenveranstaltung.

Lutz wirbt für eine Veranstaltung zur Stadtreionalbahn am 9. Mai um 17:00h im Ratssaal.

Claudia schließt die Sitzung um 21:50h.

Rechenschaftsbericht des Kreisvorstandes 2013/2014

Das zurückliegende Berichtsjahr von August 2013 bis September 2014 war geprägt von folgenden politischen Ereignissen:

- Auseinandersetzung um die Steuerentscheidung von Susanne Gaschke bis zu ihrem Rücktritt
- Bundestagswahl 2013
- Kandidatensuche und Neuwahl OB
- Europawahl 2014

Entwicklung des Kreisverbandes

Ein menschlich und politisch bewegtes Jahr liegt hinter uns. Durch den Wechsel von Angelika Oschmann als Regionalmitarbeiterin für Luise Amtsberg und den Wechsel ihres Nachfolgers Sönke Wendland ins Umweltministerium, war das zweite Mal innerhalb von zehn Monaten die Suche nach einer neuer Geschäftsführung notwendig geworden. Seit dem 15. Juli ist die Kreisgeschäftsstelle mit Dieter Priegann wieder besetzt. Unser Dank gilt Daniel Prinzbillia, der in der Zwischenzeit engagiert die Präsenzzeiten abdeckte. Die Bürogemeinschaft mit den Mitarbeitern von Luise Amtsberg (MbB) und Jan-Philipp Albrecht (MdEP) funktioniert gut.

Der Vorstand tagte im Berichtsjahr regelmäßig zu aktuellen Themen und Aufgaben, die meist von den drei Wahlkämpfen geprägt waren. Informationsabende zu aktuellen politischen Themen –wie beispielsweise zur aktuellen Situation in der Auseinandersetzung mit Frau Gaschke – wollen wir auch in Zukunft nutzen, um außerhalb der KMVen Raum für Diskussion und Fragen zu aktuellen Themen zu geben. Nach dem Rücktritt von Oliver Pohl ist der Vorstand mit Gisela Schulz nun wieder vollständig.

Die Mitgliederzahlen des Kreisverbandes sind stabil, es ist wie im Vorjahr so, dass uns eher Mitglieder durch Umzug/Ummeldung verlassen, als durch Austritt. Die Kreismitgliederversammlungen waren in der Regel gut besucht. Themen waren oft durch die unterschiedlichen Wahlkämpfe bedingt, aber auch durch (den Bürgerentscheid zu) Möbel Kraft.

Trotz eines wieder einmal wahlkampfplastigen Jahres fanden sich Raum und kreative Köpfe, die unterschiedliche Formate anstießen, die vom Kreisvorstand gerne unterstützt werden; so beispielsweise das Forum Grüne Stadtentwicklung oder die Wiederauflage eines Stammtischs.

Ferne unterstützte der KV unterschiedliche Demonstrationen (Hebammen, Energiewende, Brokdorf). Wir waren auch in diesem Jahr - trotz zeitgleich stattfindendem Landesparteitag - auf dem Kids-Festival, sowie unterschiedlichen Stadtteilsten vertreten.

Kreisverband und Fraktion

Die Zusammenarbeit des Kreisvorstandes mit der Fraktion läuft gut. Beide Seiten bemühen sich um einen regelmäßigen Informationsaustausch und Abstimmung zu aktuellen Themen.

Kieler Kooperation

Die Kieler Kooperation ist nach dem Sommer gut in ihre Arbeit gestartet. Die Auseinandersetzung mit Frau Gaschke, bis hin zu ihrem Rücktritt, zeigte, dass auch in Krisen vertrauensvoll und belastbar zusammengearbeitet werden kann. Erstmals wurde gemeinsam nach einem Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters gesucht und auch der Wahlkampf gemeinsam geplant und erfolgreich durchgeführt.

Ausblick

Wahlkämpfe und Personalwechsel haben das letzte Jahr stark geprägt. Da blieb nicht viel Zeit sich auch anderen politischen Themen zu stellen. Umso mehr sollten wir jetzt „mit voller Kraft voraus“ an unseren grünen Themen arbeiten. Der folgende Katalog ist keineswegs vollständig und Wünsche sowie Anregungen sind jederzeit herzlich willkommen.

Katzheide: Im Frühjahr wird mit dem Bau des Zentralbades begonnen. Umso wichtiger wird die Frage nach der Zukunft von Katzheide.

Wahlmüdigkeit: Wie können wir mehr Demokratie in unser Wahlsystem auf kommunaler und Kreisebene bekommen. Ist das Kommunalwahlrecht in Baden-Württemberg eine Lösung?

Plastik: Eine (all)tägliche Belastung mit desaströsen Folgen für uns und unsere Umwelt, der niemand so richtig Beachtung schenkt. Eine Veranstaltung ist geplant.

Zukunftswerkstatt: Welche Chancen ergeben sich aus dem Think Tank des Landesverbandes für Kiel? Wie wollen die Menschen in Kiel, in den einzelnen Stadtteilen, leben?

CSD: Wie können wir diesen Tag mitgestalten.

Auch wollen wir eher passive Mitglieder motivieren, sich politisch einzubringen und, wir wollen neue Mitglieder gewinnen.

Und natürlich werden wir weiterhin hilfreicher und kritischer Begleiter unserer Mandatsträger bleiben. Ob im Rat oder in den OBren.

Wir freuen uns auf eine tolle, grüne Zusammenarbeit mit allen MitgliederInnen.

Erläuterungen zum Jahres- und Haushaltsabschluss 2013

2013 war wie im Vorjahr durch stabile Beitragseinnahmen - 330 Mitglieder im Durchschnitt – und Mandatsträgerabgaben gekennzeichnet. Wesentlich bedingt durch überdurchschnittlich hohe Geldspenden, überstiegen die Einnahmen um rund 6.400 € bzw. 5,6 % die angesetzten HH-Planzahlen. Die Ausgaben wurden im Wesentlichen durch die Kommunal- sowie Bundestagswahlen geprägt. Hier wurden die Planansätze um rund 7.500 € bzw. 4,6 % überzogen. Im Ergebnis stieg somit der geplante Verlust von 50.748 um 1.163,28 € bzw. 2,3 %. Das Reinvermögen per 31.12.2013 sank damit statt auf 4.997 € auf 3.834,31 €. Bei einem Gesamtbudget von rund 170.000 € kann somit von einer Punktlandung gesprochen werden.

An Besonderheiten sind zu erläutern:

- Die Mandatsträgerabgaben stiegen um knapp 4 %, die Verzichtsspenden sogar um 27 %. Die Geldspenden fielen zwar um 30 %, der Planansatz konnte im Zuge der Wahlkämpfe jedoch um rund 63 % übertroffen werden, gleiches gilt für die Verzichtsspenden, die um rund 26 % angestiegen sind.
- Die Ausgaben für den Kommunal- sowie die Bundestagswahl wurden um 6,8 % bzw. 4.700 € überschritten. Diese Mehrausgaben wurden durch einen Zuwachs bei den Ratsmandaten sowie einer weiterhin starken Präsenz im Bundestag honoriert. Mittel- und langfristig werden die Mehrkosten jedoch durch eine Steigerung der Mandatsträgerabgaben mehr als kompensiert.
- Insgesamt waren für Gremienarbeit und für Öffentlichkeitsarbeit insgesamt 13.000 € budgetiert, verausgabt wurden hingegen insgesamt 16.984,72 €. Die Mehrkosten sind im Wesentlichen begründet durch die um 3.018 € gestiegenen Reisekosten zur BDK und zum LPT – beide Gremien haben häufiger getagt als im Vorjahr - sowie durch das Kid's-Festival mit 2.018 €. Gesunken sind hingegen die Ausgaben für die Vorstandsarbeit von rund 1.300 € auf 575 €.
- Hier die jährliche Bitte: Rechnet bitte eure Fahrten zu den Gremiensitzungen ab und leistet dann mit einem Anteil eine Verzichtsspende, denn Spenden werden vom Bund kofinanziert, wir haben also „doppelt“ gut davon.

An dieser Stelle sei ausdrücklich allen am Wahlkampf Beteiligten für die engagierte Arbeit gedankt. Ohne die ehrenamtliche Mitarbeit vieler Mitglieder wären die Wahlkämpfe erheblich teurer geworden. Auch unserer Buchhalterin, Martina Simon, sei gedankt, die immer den Überblick geschaffen hat, ohne die eine realistische Budgetplanung und –überwachung nicht möglich ist sowie der Geschäftsführung, Angelika Oschmann bzw. Sönke Wendland, ohne deren Kostenbewusstsein ein so exakter Haushaltsvollzug nicht hätte erreicht werden können.

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2014

2014 werden wir, so der Haushalt planmäßig abgewickelt werden kann, einen Überschuss von 15.550 € erwirtschaften. Damit wird das Reinvermögen zum Jahreschluss 2014 wieder auf knapp 20.000 € anwachsen.

Im Vergleich zum Vorjahr kann mit Einnahmen, bei steigenden Mandatsträgerabgaben, von insgesamt 121.500 € ausgegangen werden. Grundlage dafür sind die stabilen Mitgliederzahlen, die Beschlüsse unserer KMV sowie die auf Bundes- und Landesebene.

Die Gesamtausgaben werden 2014 um rund 66.000 € bzw. 40 %, von rund 172.000 € auf dann 106.000 € zurückgefahren.

Dabei wird die Ausgabenseite wiederum von den Kosten für die Wahlen - Europawahlkampf sowie vorgezogene Neuwahl des Oberbürgermeisters - geprägt. Für diese Wahlen werden

insgesamt 26.000 € budgetiert, die nach dem bisher vorliegenden vorläufigen Kassenabschluss auskömmlich sein dürften. Zwischenzeitlich ist klar, dass unser Kandidat Jan Philipp Albrecht seine Arbeit im Europaparlament fortführen und Ulf Kämpfer als neuer Oberbürgermeister, gemeinsam mit der Koalition aus GRÜNEN, SPD und SSW, auch unsere grünen Inhalte in Kiel umsetzen kann.

Im Vergleich zum IST 2013 werden die Personalkosten um rund 22 % gekürzt, da 2014 Einsparungen bei der Geschäftsführung möglich sind und auf die Beschäftigung von weiteren Praktikanten verzichtet wird.

Die Steigerung für den „Laufenden Geschäftsbetrieb“ 5.800 € - knapp 14 % - ist notwendig, da durch den Einbruch Anfang des Jahres Ersatzbeschaffungen notwendig sind, die durch die Kostenerstattung unserer Versicherung abgedeckt sind.

Die Ausgaben für „Gremienarbeit / interne Politische Arbeit“ sowie „Öffentlichkeitsarbeit / Politische Arbeit“ können im laufenden Jahr reduziert werden, da die Partei im ersten Halbjahr durch die Wahlkämpfe weitgehend gebunden war und erst nach Abschluss der Sommerpause mit den Planungen für weitere Aktivitäten begonnen werden kann. Die vom Vorstand geplanten Aktivitäten und Maßnahmen werden durch den Haushaltsansatz gedeckt.

An dieser Stelle dankt der Vorstand unserem bisherigen Geschäftsführer Sönke Wendland für die geleistete Arbeit in den Wahlkämpfen und wünscht ihm in seiner neuen Funktion viel Erfolg.

Bemerkungen zur „Mittelfristigen Finanzplanung“

Wie geplant wurde das Reinvermögen im Zuge des Kommunal- und des Bundestagswahlkampfes weitgehend verzehrt. Mit Blick auf die Zukunft kann jedoch festgehalten werden, dass bereits in 2014 ein erster Zuwachs des Reinvermögens auf knapp 20.000 € zu verzeichnen sein wird.

Der weitere Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2019 ist mehr als stabil. So keine unvorhersehbaren Ereignisse wie vorgezogene Neuwahlen eintreten werden, werden wir das Reinvermögen - bis zu den nächsten Wahlen 2017 und 2018 - sukzessive weiter aufbauen, so dass wir in der Lage sein werden, auskömmliche Wahlkampfbudgets aus dem dann vorhandenen Reinvermögen darstellen zu können.

Rechnungsprüfungsbericht für das Geschäftsjahr 2013 des Kreisverbandes Kiel

Am 08.08.2014, von 9:00 Uhr bis 11:00 Uhr, fand in der Kreisgeschäftsstelle, Jungmannstr. 50, die Rechnungsprüfung/Teil 1 des KV für das Geschäftsjahr 2013 statt. Durchgeführt wurde sie vom KV-Mitglied Andrea Hake. Für Fragen zur Buchführung stand die angestellte Martina Simon zur Verfügung.

Am 12.08.2014, von 18.00 bis 20.00 Uhr, fand ebenfalls in der Kreisgeschäftsstelle die Rechnungsprüfung/Teil 2 statt. Diese wurde vom KV-Mitglied Nora Nording durchgeführt. Hier stand ebenfalls Martina Simon sowie der Schatzmeister, Tarik Kiyani, zur Verfügung.

Zusammenfassung:

Zunächst muss angemerkt werden, dass es am 1. August 2013 einen Wechsel in der Amtsführung gab. Der bisherige Kreisschatzmeister Arne Langniß gab sein Amt wegen des neuen Ratsmandates ab. Tarik Kiyani übernahm das Amt zum 1.8.2013.

Das Jahr 2013 stand wieder ganz im Zeichen von 2 großen Wahlen: der Kommunalwahl und der Bundestagswahl. So ist auch die Position „Wahlkämpfe“ der größte Posten im Haushalt.

Die Mitgliederzahl ist im Vergleich zum Vorjahr in etwa konstant geblieben, so dass sich die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen in der gleichen Größenordnung bewegen. Der Abwärtstrend bei den Einnahmen aus Mandatsträgerabgaben (-15% in 2012) konnte gestoppt werden – es ist aber noch deutlich Luft nach oben. An dieser Stelle möchten wir nochmals nachdrücklich an die Mandatsträger appellieren, die Abgaben regelmäßig (am besten vierteljährlich) und transparent zu überweisen.

Insgesamt sind ca. 6.500 € mehr Einnahmen und dem gegenüber 7.500 € mehr Ausgaben zu verzeichnen als ursprünglich für 2013 geplant. Bei Geldbewegungen von insgesamt 300.000 € ist ein Verlust von 1.000 € mehr als geplant somit als Punktlandung zu bezeichnen.

Die Prüfung der Buchhaltung ergab keinerlei Anhaltspunkte für Beanstandungen. Sie ist augenscheinlich sehr sorgfältig geführt. Rechnerische Stichproben ergaben darüber hinaus, dass die Vorgänge ordnungsgemäß gebucht wurden.

Fazit:

Durch die Kosten für die Wahlkämpfe in 2013 ist das Reinvermögen unseres KV um rund € 50.000 weiter auf € 4.000 per 31.12.2013 zurückgegangen. Damit ist das (fast) Ende der Wahlkämpfe und der Ausgaben erreicht.

Insgesamt lassen Finanzplanung, Haushalt und Buchführung auf ein umsichtiges, wirtschaftliches und sparsames Wirtschaften schließen.

Im Einzelnen:

- 1. Wurde der Haushaltsplan eingehalten?**
Nein, aus den in der Zusammenfassung dargelegten Gründen.
Keine Beanstandung.
- 2. Sind die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich richtig und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt?**
Stichproben der Vorgangs- und Belegverwaltung haben eine übersichtliche und verantwortungsvolle Bearbeitung der Vorgänge aufgezeigt.

Die Belege waren vollständig, jeweils ordnungsgemäß sortiert und konnten schlüssig den jeweiligen Vorgängen zugeordnet werden.
Keine Beanstandung.

3. **Ergab die Prüfung von Belegen und Buchhaltungskonten Beanstandungen?**
Stichprobenartige Nachrechnungen durch die Rechnungsprüferin Andrea Hake ließ keine rechnerischen Fehler erkennen.
Keine Beanstandung.
4. **Stimmt die Barkasse laut Abrechnung mit dem tatsächlichen Geldbestand in der Kasse überein?**
Der Barkassenbestand von € 46,06 € per 31.12.2013 wurde von der Rechnungsprüferin als ordnungsgemäß unterstellt.
5. **Wurde die Mitgliederverwaltung ordnungsgemäß geführt?**
Die Rechnungsprüferin hat die Mitgliederliste in Augenschein genommen und geprüft, sie wird nach wie vor ordentlich und schlüssig geführt. Weiterhin haben sich die Rechnungsprüfer das System zur Einziehung von Mitgliedsbeiträgen erläutern lassen. Das dargelegte und anhand der Liste dokumentierte Verfahren ist sinnvoll und schlüssig und wurde offensichtlich systemgerecht umgesetzt.
Ein konsequenter und für die Buchhaltung effizienter Umgang mit Nichtzahlern und teuren Lastschriftrückbuchungen sollte entwickelt werden.
Keine Beanstandung.
6. **Stimmt die Eröffnungsbilanz mit der Schlussbilanz des Vorjahres überein?**
Ja. Keine Beanstandung.
7. **Sind die Salden der Geldkonten zum Jahresbeginn und Jahresende identisch mit deren tatsächlichen Salden?**
Ja. Keine Beanstandung.
8. **Liegt eine ordnungsgemäße Lohn- und Gehaltsbuchhaltung vor?**
Lohn- und Gehaltsbuchhaltung werden über ein Steuerbüro abgewickelt.
Die Prüfung der diesbezüglichen Unterlagen hat ergeben, dass die Lohnsteuer und die Sozialversicherungsbeiträge korrekt abgeführt wurden.
Stichproben der vorliegenden Unterlagen bewiesen eine ordnungsgemäße Abwicklung.
Keine Beanstandung.

Entlastungsempfehlung

Aufgrund unserer Feststellungen empfehlen wir der Mitgliederversammlung die Entlastung des Vorstandes für das Rechnungsjahr 2013 und danken den beiden Kreisschatzmeistern und den Mitarbeitern der Kreisgeschäftsstelle für ihre sorgfältige Arbeit.

Kiel, 11.08.2014

Gez. Andrea Hake
Gez. Nora Nording

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KV Kiel - Haushaltsplan 2014

| Pos. | Haushaltsposition | IST 2012 | HH-Plan 2013 | IST 2013 | Entwicklung IST 2012 zu IST 2013 | SOLL-IST Abweichung Haushalt 2013 | SOLL-IST Abweichung Haushalt in % | HH-Plan 2014 Entwurf |
|------|--|-------------------|-------------------|-------------------|--|---|---|-------------------------|
| | EINNAHMEN | | | | | | | |
| 01 | Mitgliedsbeiträge | 64.193,98 | 64.000,00 | 64.908,53 | 1,1% | 908,53 | 1,4% | 64.000,00 |
| 02 | Mandatsträgerabgaben | 19.280,76 | 19.280,00 | 20.037,08 | 3,9% | 757,08 | 3,9% | 23.500,00 |
| 03 | Geldspenden | 11.722,00 | 5.000,00 | 8.172,00 | -30,3% | 3.172,00 | 63,4% | 6.000,00 |
| 04 | Verzichtsspenden | 1.014,30 | 1.000,00 | 1.276,93 | 25,9% | 276,93 | 27,7% | 600,00 |
| 05 | Grundförderung - Bund / Land | 27.980,09 | 22.000,00 | 22.727,80 | -18,8% | 727,80 | 3,3% | 23.000,00 |
| 06 | Zuschüsse / Zinsen vom LV bzw. KV | 667,90 | 400,00 | 906,60 | 35,7% | 506,60 | 126,7% | 100,00 |
| 07 | Mieteinnahmen / Zuschüsse von Dritten | 1.550,00 | 1.300,00 | 1.100,00 | -29,0% | -200,00 | -15,4% | 1.200,00 |
| 08 | Erstattungseinnahmen | 348,10 | 350,00 | 453,31 | 30,2% | 103,31 | 29,5% | 3.000,00 |
| 09 | Sonstige Einnahmen | 523,01 | 500,00 | 662,80 | 26,7% | 162,80 | 32,6% | 100,00 |
| | Einnahmen - gesamt | 127.280,14 | 113.830,00 | 120.245,05 | -5,5% | 6.415,05 | 5,6% | 121.500,00 |
| | AUSGABEN | | | | | | | |
| 10 | Personalkosten | 40.444,50 | 42.000,00 | 40.980,82 | 1,3% | -1.019,18 | -2,4% | 32.000,00 |
| 11 | Bankgebühren | 667,83 | 700,00 | 646,60 | -3,2% | -53,40 | -7,6% | 700,00 |
| 12 | Laufender Geschäftsbetrieb | 6.797,63 | 5.700,00 | 5.013,54 | -26,2% | -686,46 | -12,0% | 5.800,00 |
| 13 | Kreisgeschäftsstelle - Miete + Nebenkosten | 7.731,20 | 8.000,00 | 7.572,25 | -2,1% | -427,75 | -5,3% | 7.800,00 |
| 14 | Gremien / parteiinterne Politische Arbeit | 6.797,25 | 3.000,00 | 9.252,76 | 36,1% | 6.252,76 | 208,4% | 5.000,00 |
| 15 | Öffentlichkeitsarbeit / Politische Arbeit | 4.424,05 | 10.000,00 | 7.731,96 | 74,8% | -2.268,04 | -22,7% | 4.000,00 |
| 16 | Politische Arbeit Grüne Jugend | 1.459,88 | 400,00 | 193,58 | -86,7% | -206,42 | -51,6% | 600,00 |
| 17 | Wahlkampf / Wahlen | 54.886,77 | 70.000,00 | 74.785,14 | 36,3% | 4.785,14 | 6,8% | 26.000,00 |
| 18 | Zuschüsse an Andere | 370,00 | 500,00 | 340,00 | -8,1% | -160,00 | -32,0% | 500,00 |
| 19 | Beitragsanteile - Bundesverband | 10.205,10 | 10.098,00 | 10.159,20 | -0,4% | 61,20 | 0,6% | 10.200,00 |
| 20 | Beitragsanteile - Landesverband | 12.006,00 | 11.880,00 | 11.952,00 | -0,4% | 72,00 | 0,6% | 12.000,00 |
| 21 | Zuschüsse und Umlagen Landes-/ Kreisverbände | 1.595,60 | 2.200,00 | 2.933,48 | 83,8% | 733,48 | 33,3% | 1.250,00 |
| 22 | Sonstige Ausgaben | 0,00 | 100,00 | 595,00 | | 495,00 | 495,0% | 100,00 |
| | Ausgaben - gesamt | 147.385,81 | 164.578,00 | 172.156,33 | 16,8% | 7.578,33 | 4,6% | 105.950,00 |
| | Gewinn und Verlust | -20.105,67 | -50.748,00 | -51.911,28 | 158,2% | 1.163,28 | -2,3% | 15.550,00 |
| | Reinvermögen Vorjahr | 75.851,26 | 55.745,59 | 55.745,59 | | | | 3.834,31 |
| | Reinvermögen | 55.745,59 | 4.997,59 | 3.834,31 | -93,1% | -1.163,28 | -23,3% | 19.384,31 |

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KV Kiel - Erläuterungen zum Haushaltsplan 2014

| Pos. | Haushaltsposition | IST 2012 | IST 2013 | HH-Plan 2014 | Erläuterungen zum Haushaltsplan 2014 |
|------|---|-------------------|-------------------|-------------------|--|
| | EINNAHMEN | | | | |
| 01 | Mitgliedsbeiträge | 64.193,98 | 64.908,53 | 64.000,00 | Kalkuliert nach Mitgliederzahl ohne Zuwachs zum Vorjahr - Durchschnittlicher Monatsbeitrag derzeit rund 16 € |
| 02 | Mandatsträgerabgaben | 19.280,76 | 20.037,08 | 23.500,00 | Beschlusslage Kreismitgliederversammlung vom 29.05.2010 |
| 03 | Geldspenden | 11.722,00 | 8.172,00 | 6.000,00 | geschätzter Wert |
| 04 | Verzichtsspenden | 1.014,30 | 1.276,93 | 600,00 | geschätzter Wert |
| 05 | Grundförderung - Bund / Land | 27.980,09 | 22.727,80 | 23.000,00 | kalkuliert/geschätzt nach Verteilungsschlüssel LV und BV |
| 06 | Zuschüsse / Zinsen vom LV bzw. KV | 667,90 | 906,60 | 100,00 | Einlage bei Landesverband - aktuell 12.000 € |
| 07 | Mieteinnahmen / Zuschüsse von Dritten | 1.550,00 | 1.100,00 | 1.200,00 | lt. Mietverträgen - Büroarbeitsplätze Abgeordnete |
| 08 | Erstattungseinnahmen | 348,10 | 453,31 | 3.000,00 | aus Versicherungsverträgen |
| 09 | Sonstige Einnahmen | 523,01 | 662,80 | 100,00 | geschätzter Wert |
| | Einnahmen - gesamt | 127.280,14 | 120.245,05 | 121.500,00 | |
| | AUSGABEN | | | | |
| 10 | Personalkosten | 40.444,50 | 40.980,82 | 32.000,00 | Geschäftsführung / Buchhaltung / Reinigung |
| 11 | Bankgebühren | 667,83 | 646,60 | 700,00 | Erfahrungswert |
| 12 | Laufender Geschäftsbetrieb | 6.797,63 | 5.013,54 | 5.800,00 | Erfahrungswert |
| 13 | Kreisgeschäftsstelle - Miete + Nebenkosten | 7.731,20 | 7.572,25 | 7.800,00 | lt. Mietvertrag für Büro Jungmannstraße 50 |
| 14 | Gremien / parteiinterne Politische Arbeit | 6.797,25 | 9.252,76 | 5.000,00 | Kreisvorstand / JHV / KMV / LPT / kl. Parteitag / BDK |
| 15 | Öffentlichkeitsarbeit / Politische Arbeit | 4.424,05 | 7.731,96 | 4.000,00 | Kosten für öffentlichkeitswirksame Aktionen und Veranstaltungen |
| 16 | Politische Arbeit Grüne Jugend | 1.459,88 | 193,58 | 600,00 | Aktionszuschuss GRÜNE JUGEND |
| 17 | Wahlkampf / Wahlen | 54.886,77 | 74.785,14 | 26.000,00 | Kosten für OB-Wahl 2014 und Europawahl |
| 18 | Zuschüsse an Andere | 370,00 | 340,00 | 500,00 | Zuschüsse für Veranstaltungen mit politisch grünem Anspruch |
| 19 | Beitragsanteile - Bundesverband | 10.205,10 | 10.159,20 | 10.200,00 | kalkuliert mit 330 Mitglieder a 2,55 € / Monat |
| 20 | Beitragsanteile - Landesverband | 12.006,00 | 11.952,00 | 12.000,00 | kalkuliert mit 330 Mitglieder a 3,00 € / Monat |
| 21 | Zuschüsse und Umlagen Landes-/ Kreisverband | 1.595,60 | 2.933,48 | 1.250,00 | geschätzter Wert |
| 22 | Sonstige Ausgaben | 0,00 | 595,00 | 100,00 | geschätzter Wert |
| | Ausgaben - gesamt | 147.385,81 | 172.156,33 | 105.950,00 | |
| | Vermögenszuwachs / Vermögensverlust | -20.105,67 | -51.911,28 | 15.550,00 | |

Bilanz, Vermögensentwicklung und Liquidität zum 31.12.2013

| Bilanzübersicht zum 31.12.2013 | | | |
|--|-------------------|------------------------------------|------------------|
| Aktiva | | Passiva | |
| Büroausstattung | 0,00 | Verbindlichkeiten - Externe | 1.204,17 |
| Sonstige Forderungen | 1.487,92 | Verbindlichkeiten - Finanzamt | 439,39 |
| Geldbestand beim LV | 710,81 | Verbindlichkeiten beim LV | 581,00 |
| Kasse / Girokonto KV | 3.860,14 | Reinvermögen | 3.834,31 |
| Aktiva - Summe | 6.058,87 | Passiva - Summe | 6.058,87 |
| Vermögensentwicklung 2013 | | | |
| Stand am 31.12.2012 | | Stand am 31.12.2013 | |
| Kasse | 1.315,30 | Kasse | 46,06 |
| Bank | 5.000,68 | Bank | 3.814,08 |
| Geldbestand beim LV | 50.181,44 | Geldbestand beim LV | 710,81 |
| | 56.497,42 | | 4.570,95 |
| Sonstige Forderungen | 1.387,08 | Sonstige Forderungen | 1.487,92 |
| | 1.387,08 | | 1.487,92 |
| | 57.884,50 | | 6.058,87 |
| Verbindlichkeiten - Externe | -547,27 | Verbindlichkeiten - Externe | -1.204,17 |
| Verbindlichkeiten - Finanzamt | -462,25 | Verbindlichkeiten - Finanzamt | -439,39 |
| Kostenerstattungen | -786,89 | Verbindlichkeiten beim LV | -581,00 |
| Verbindlichkeiten beim LV | -342,50 | | |
| | -2.138,91 | | -2.224,56 |
| Reinvermögen zum 31.12.2012 | 55.745,59 | Reinvermögen zum 31.12.2013 | 3.834,31 |
| Unterdeckung 2013 | -51.911,28 | | |
| Reinvermögen zum 31.12.2013 | 3.834,31 | | |
| Verfügbare Liquidität zum 31.12.2013 | | | |
| Kasse | 46,06 | | |
| Bank | 3.814,08 | | |
| Geldbestand beim LV | 710,81 | | |
| Verbindlichkeiten - Externe | -1.204,17 | | |
| Verbindlichkeiten - Finanzamt | -439,39 | | |
| Verbindlichkeiten beim LV | -581,00 | | |
| Verfügbare Liquidität am 31.12.2013 | 2.346,39 | | |

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KV Kiel - Mittelfristige Finanzplanung 2015 bis 2019

| | | Abschluss 2013 | HH-Plan 2014 | HH-Plan 2015 | HH-Plan 2016 | HH-Plan 2017 | HH-Plan 2018 | HH-Plan 2019 |
|--|--|-------------------|-----------------|----------------|----------------|------------------|----------------|----------------|
| Vortrag Reinvermögen zum 01.01. | | 55.746 | 3.834 | 19.384 | 50.384 | 81.284 | 53.584 | 6.384 |
| Wahlkämpfe / Wahlen | | KW / BTW | OB / EPW | | | LTW / BTW | KW | EPW |
| Pos. | Haushaltsposition | | | | | | | |
| EINNAHMEN | | | | | | | | |
| 01 | Mitgliedsbeiträge | 64.909 | 64.000 | 64.000 | 64.000 | 64.000 | 64.000 | 64.000 |
| 02 | Mandatsträgerabgaben | 20.037 | 23.500 | 23.500 | 23.500 | 23.500 | 23.500 | 23.500 |
| 03 | Geldspenden | 8.172 | 6.000 | 500 | 500 | 5.000 | 5.000 | 500 |
| 04 | Verzichtsspenden | 1.277 | 600 | 600 | 600 | 600 | 600 | 600 |
| 05 | Grundförderung - Bund / Land | 22.728 | 23.000 | 23.000 | 23.000 | 23.000 | 23.000 | 23.000 |
| 06 | Zuschüsse / Zinsen vom LV bzw. KV | 907 | 100 | 200 | 200 | 200 | 200 | 200 |
| 07 | Mieteinnahmen / Zuschüsse von Dritten | 1.100 | 1.200 | 1.200 | 1.200 | 1.200 | 1.200 | 1.200 |
| 08 | Erstattungseinnahmen | 453 | 3.000 | 350 | 350 | 350 | 350 | 350 |
| 09 | Sonstige Einnahmen | 663 | 100 | 500 | 500 | 500 | 500 | 500 |
| Einnahmen - gesamt | | 120.245 | 121.500 | 113.850 | 113.850 | 118.350 | 118.350 | 113.850 |
| AUSGABEN | | | | | | | | |
| 10 | Personalkosten | 40.981 | 32.000 | 35.000 | 35.000 | 35.000 | 35.000 | 35.000 |
| 11 | Bankgebühren | 647 | 700 | 700 | 800 | 800 | 800 | 800 |
| 12 | Laufender Geschäftsbetrieb | 5.014 | 5.800 | 4.000 | 4.000 | 5.500 | 5.500 | 5.000 |
| 13 | Kreisgeschäftsstelle - Miete + Nebenkosten | 7.572 | 7.800 | 8.000 | 8.000 | 8.500 | 8.500 | 8.500 |
| 14 | Gremien / parteiinterne Politische Arbeit | 9.253 | 5.000 | 4.500 | 4.500 | 5.000 | 4.500 | 4.500 |
| 15 | Öffentlichkeitsarbeit / Politische Arbeit | 7.732 | 4.000 | 6.000 | 6.000 | 5.000 | 5.000 | 6.000 |
| 16 | Politische Arbeit Grüne Jugend | 194 | 600 | 600 | 600 | 1.200 | 1.200 | 600 |
| 17 | Wahlkampf / Wahlen | 74.785 | 26.000 | 0 | 0 | 60.000 | 80.000 | 10.000 |
| 18 | Zuschüsse an Andere | 340 | 500 | 500 | 500 | 1.500 | 1.500 | 500 |
| 19 | Beitragsanteile - Bundesverband | 10.159 | 10.200 | 10.200 | 10.200 | 10.200 | 10.200 | 10.200 |
| 20 | Beitragsanteile - Landesverband | 11.952 | 12.000 | 12.000 | 12.000 | 12.000 | 12.000 | 12.000 |
| 21 | Zuschüsse und Umlagen Landes-/ Kreisverbände | 2.933 | 1.250 | 1.250 | 1.250 | 1.250 | 1.250 | 1.250 |
| 22 | Sonstige Ausgaben | 595 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 0 |
| Ausgaben - gesamt | | 172.156 | 105.950 | 82.850 | 82.950 | 146.050 | 165.550 | 94.350 |
| Gewinn und Verlust | | -51.911 | 15.550 | 31.000 | 30.900 | -27.700 | -47.200 | 19.500 |
| Reinvermögen am 31.12. | | 3.834 | 19.384 | 50.384 | 81.284 | 53.584 | 6.384 | 25.884 |

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Kiel
Jahreshauptversammlung 06.09.2014

AntragstellerInnen:
 Kreisvorstand

Gegenstand:
 Trainingszentrum THW

Antrag

Die Jahreshauptversammlung möge beschließen:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird einer Erweiterung des Trainingszentrums des THWs in Projensdorf nur zustimmen, wenn nachfolgende Forderungen **vor** einem Bauleitplanverfahren geklärt werden. Zusätzlich ist festzuhalten, dass es ausschließlich um den geplanten Bauabschnitt I (BA I) geht. Eine Erweiterung des Zentrums Plan BA II und BA III, wird strikt abgelehnt. Eine Zustimmung zu BA I stellt damit keinen Automatismus für eine Zustimmung für die BA II und BA III dar.

1. Es müssen in der Nähe alternative Standorte geprüft werden. Hierbei sollen Flächen, die sich in öffentlicher, wie auch in privater Hand befinden, berücksichtigt werden.
2. Ein Flächenverbrauch im Bereich der Kleingärten ist nur dann denkbar, wenn die versiegelte Fläche für PKW-Stellplätze effektiv genutzt wird, d. h., dass die Hälfte des bestehenden PKW-Parkplatzes mit einer Parkpalette o. ä. versehen wird, um dann den steigenden Bedarf an Stellplätzen mit einem geringeren Grundflächenverbrauch wie bisher darzustellen. Um die Stellplatzproblematik zu entschärfen ist eine Optimierung der verkehrlichen Anbindung per Fahrrad und ÖPNV unbedingt notwendig. Die zusätzliche Verkehrsbelastung (Lärm, Abgase usw.) muss so gering wie möglich gehalten werden.
3. Es dürfen keine Kosten für die Stadt bezgl. der Freimachung des Geländes entstehen.
4. Ökologisch wertvolle Strukturen, die im Rahmen des Bauvorhabens verloren gehen sollen, müssen durch eine ökologische Aufwertung auf der verbleibenden Fläche zusätzlich zum gesetzlich vorgeschriebenen Flächenausgleich ausgeglichen werden.
5. Alle umweltrelevanten Fragen - Verlust an Biodiversität, Verlust der Strukturvielfalt und von altem Baumbestand - müssen mit den zuständigen Verbänden geklärt werden.
6. Eine gütliche Einigung mit den betroffenen Kleingärtnern selbst ist Voraussetzung für das Vorhaben.
7. Es müssen Ersatzgärten in räumlicher Nähe angeboten werden (v. a. für ältere Menschen)

Datum:
06.09.2014

Befasst
 ja
 nein

Vertagt
 ja
 nein

Überwiesen an:

Abstimmung:

Ja _____

Nein _____

Enth. _____

8. Öffentliche Durchwegungen zwischen Steenbeker Weg und Stadtparkweg (für Rad- und Fußverkehr) müssen erhalten bleiben.
9. Die Trennung zwischen verbleibendem Kleingartengelände und Sportplätzen/Sporthalle erfolgt durch Knicks.
10. Kooperationsmöglichkeiten mit Schulen sind anzustreben, um so die verbesserten Trainingsmöglichkeiten möglichst vielen Schülern zugutekommen zu lassen (z. B. „Sport-Zug“ beim Ernst-Barlach-Gymnasium.) Die Öffentlichkeit muss im Vorfeld beteiligt werden. Eventuelle Kosten hierfür sind vom Vorhabenträger zu tragen. Die Vorstellung im OBR reicht nicht aus. Unter Umständen soll eine Bürgerbefragung o. ä. durchgeführt werden. Die Fokussierung auf Leistungssport darf keine negativen Auswirkungen (besonders finanzieller Art) auf den Breitensport haben.
Gemeinsame Nutzungsmöglichkeiten für andere Kieler Vereine, die sich nicht dem Leistungs- sondern dem Breitensport verpflichtet sehen, müssen unbedingt in die Planungen einbezogen werden, um Synergieeffekte zu schaffen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Kiel
Jahreshauptversammlung 06.09.2014

AntragstellerInnen:

Ulrich Hühn
Gisela Schulz

Gegenstand:

Re-Kommunalisierung
Stadtwerke

Antrag

Die Jahreshauptversammlung möge beschließen:

Die Fraktion wird aufgefordert, alle Möglichkeiten auszuloten, um die Stadtwerke vollständig zu Kommunalisieren. Die Verwaltung soll verschiedene Finanzierungsmodelle prüfen, um die Realisierung zu ermöglichen. Es bieten sich eine Bürger Energiegenossenschaft mit lokalen Investoren, Umlandgemeinden und Stadtwerke und Versorgungsbetriebe, die den Dividenden-Anspruch auswärtiger Aktiengesellschaften verhindern wollen, an. Der Großteil des Kapitals ist durch kommunale Kredite zu finanzieren, denn nichts ist finanziell so sicher, wie ein Stadtwerk am Ort.

Begründung:

Viele Ratsleute erkennen, dass es ein großer Fehler war, vor 13 Jahren die Mehrheit an den Stadtwerken Kiel zu verkaufen. Nach den aktuellsten Schritten des derzeitigen Mehrheitseigners ergibt sich für Kiel die Gelegenheit, diesen Anteil günstig wieder zu erwerben. Das Herzstück der Stadtwerke, das Heizkraftwerk in Dietrichdorf, ist marode und muss erneuert werden. Die Mannheimer haben in den Jahren der Beteiligung in Kiel ihren gesamten Kapitaleinsatz in Form der Dividende zurück erhalten. Jetzt wollen sie auch noch ihren zukünftigen Gewinn gleich mit einrechnen.

Der Vorteil für Umlandgemeinden und Versorgungsbetriebe an einer Beteiligung an einem „Stadtwerk Region Kiel“ liegt in dem Erhalt der Wertschöpfung vor Ort nach den neg. Erfahrungen mit der eon und weitergehender Erhöhung des Anteils regenerativer Energien im Wärme und Strombereich. Für die Rendite von Aktiengesellschaften ist die Bedeutung des Klimawandels uninteressant.

Wenn die Stadtwerke die Fernwärmeversorgung, die Strom- und Gasnetze und die überregional bekannte Qualität des Kieler Trinkwassers erhalten und ausbauen wollen, darf dafür kein auswärtiger Investor Dividenden und Logistik abziehen. Die Kieler Stadtwerke haben die Aufgabe, einkommensschwachen Kunden ihre Versorgung zu erhalten sowie Großverbraucher angemessen an den Kosten zu beteiligen.

Datum:

06.09.2014

Befasst

ja

nein

Vertagt

ja

nein

Überwiesen an:

Abstimmung:

Ja _____

Nein _____

Enth. _____

Bericht der Ratsfraktion

Von Grün erledigt (Juni/Juli 2014)

Liebe Kieler Grüne,

der schöne Sommer hat uns allen gut getan und ein bißchen Abstand zum Rathaus bringt neue Kraft und neue Ideen für das zweite Halbjahr. Wir haben uns für diesen Zeitraum viel vorgenommen und wir werden euch rechtzeitig darüber informieren.

Zunächst aber wollen wir euch kurz informieren, was in der Zeit seit unserem letzten Rundbrief im Mai von uns angeschoben und umgesetzt wurde. Leider finden nicht alle unsere Initiativen den Weg in die Medien. Aber ihr könnt euch jederzeit informieren über unsere Homepage, oder aber den Newsletter der Ratsfraktion abonnieren.

Alle hier vorgestellten Initiativen findet ihr auf www.gruene-kiel.de unter der Rubrik „Anträge“.

Das wichtige Thema: Bau eines Trainingszentrums von THW und Holstein Kiel in Projensdorf werden wir ja auf der Jahreshauptversammlung besprechen. Dazu habt ihr bereits erste Informationen zugeschickt bekommen.

Handlungsplan für Menschen mit einer psychischen Erkrankung bzw. Behinderung

Rund 17.000 Menschen nehmen schon jetzt Hilfen von Therapeut_innen und Beratungsstellen sowie Ärzt_innen in Anspruch, 1600 Menschen gelten als psychisch schwerbehindert nach der Definition des SGB IX. Wir müssen davon ausgehen, dass die Zahl der Kieler Bürger_innen mit psychischen Beeinträchtigungen weiter ansteigen wird. Immer häufiger ist eine psychische Erkrankung die Ursache für längere Fehlzeiten am Arbeitsplatz.

Es besteht zweifellos ein enger Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und psychischen Erkrankungen.

Gesundheitswesen und Politik können isoliert voneinander keine Lösungen anbieten. Erforderlich ist vielmehr eine gemeinsame, gesellschaftliche Verständigung darauf, was zu tun ist, um die Problemlagen in den Griff zu bekommen. Dies beinhaltet ein grundlegendes Hinterfragen, was schief läuft in unserer Gesellschaft. Darum haben wir die Verwaltung um die Erarbeitung eines Handlungsplans gebeten.

Verantwortlich: Lydia Rudow, Bianca Kronschnabel

Kiel ist Olympiastadt

Wir unterstützen die Initiative des Oberbürgermeisters, für den Fall einer erfolgreichen deutschen Bewerbung zur Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2024 oder 2028, die Segelwettbewerbe nach Kiel zu holen. Kiel hat mit dem Olympiastützpunkt in Schilksee die besten Voraussetzungen für die Durchführung der Olympischen Segelwettbewerbe und beweist mit der Ausrichtung der Kieler Woche jährlich, dass wir einem solchen Event gewachsen sind. Bei aller berechtigten Kritik am IOC meinen wir, dass es aus ökologischer Sicht Sinn macht, bereits vorhandene Infrastruktur in Kiel zu nutzen, statt sie in anderen Städten neu zu errichten.

Verantwortlich: Lydia Rudow

Lärmschutz Hasselrade

Schon seit Jahren wird von verschiedenen Initiativen und Interessengruppen betroffener Anwohner_innen eine Reduzierung der durch die A 215 verursachten Lärmimmissionen gefordert.

Die Lärmkarten weisen in der Tat eine erhebliche Belastung der Siedlung Hasselrade aus, die durch weitere Baumaßnahmen und Gewerbeansiedlungen weiterhin und dauerhaft ansteigen wird.

Bereits 2011 wurde von der Ratsversammlung einstimmig beschlossen, dass für die Siedlung Hasselrade im Rahmen der Anbindung des Mühlendamms an die übergeordneten Verkehrsachsen in Sachen Lärmschutz Verbesserungen erhalten sein sollen. Mit unserer jüngsten Initiative haben wir diese Initiative weiter konkretisiert. Die Lärmbelastung soll auf ca. 49 db (A) als Nacht-Mittelwert für Wohngebiete gesichert werden.

Verantwortlich: Arne Langniß

Fahrradmobilität für ältere Menschen

Die Muthesius Kunsthochschule hat sich intensiv mit der Fahrradnutzung älterer Menschen auseinandergesetzt. Deutlich ist, dass die Gruppe der älteren fahrradmobilen Menschen bisher in der konzeptionellen Weiterentwicklung der Fahrrad-Infrastruktur und der Fahrrad-Technik zu wenig Berücksichtigung findet.

Im Zusammenhang mit dieser Arbeit wurde in Kooperation mit dem Seniorenbeirat der Stadt und der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung in Schleswig-Holstein e.V. ein Workshop zur Fahrradnutzung älterer Menschen in Kiel durchgeführt. Es geht uns darum, die gesundheits- und mobilitätsförderlichen Potentiale für ältere Menschen zu erhalten und auszubauen. Dazu gehören infrastrukturelle Rahmenbedingungen inklusive eines Fahrradverleihsystems, die Fahrradtechnik inklusive Elektrofahrräder, aber auch Mobilitäts- und Gleichgewichtstraining sowie Kommunikationsstrategien. Weiter muss die Vernetzung von Fahrradmobilität, ÖPNV und Car-Sharing gestärkt werden.

Verantwortlich: Lutz Oschmann

Was hat eine Seilbahn über die Förde mit der StadtRegionalbahn zu tun? Nichts.

Die Initiative von FDP und Piraten, statt einer Stadt-Regional-Bahn eine Seilbahn über die Förde zu bauen zeigt die völlige Unkenntnis über die Probleme des Kieler ÖPNV. Die größten Probleme der Kieler Verkehrsgesellschaft bestehen darin, Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hochschulen und Schulen zu transportieren. Eine Bus-Optimierung, die den Kielerinnen und Kielern bei diesem größten Engpass wirklich hilft, ist technisch kaum noch machbar. Sie verursacht dazu nach allen vorliegenden Schätzungen ähnliche Kosten wie die Stadt-Regional-Bahn, ohne einen vergleichbaren Quantensprung für Kiel darzustellen. Längere Bushaltestellen in der Holtenuer Straße würden dazu führen, dass Parkplätze wegfallen und Straßen und Kreuzungen ebenfalls komplett umgebaut werden müssten. Wir stehen für ein tragfähiges und zukunftsorientiertes ÖPNV-Konzept als Teil der Mobilität von morgen, das gewährleistet, dass die Menschen mit einem schienengebundenen Verkehrsmittel zu den Hochschulen kommen, die Ein- und Auspendler_innen aus der Region mit der Bahn fahren können und viele Ziele in der Stadt auch für Touristen möglichst ohne Umstieg erreichbar sind.“

Verantwortlich: Lutz Oschmann

Gestaltung des Rungholtplatzes – Bürger_innen mischen mit!

In Suchsdorf wird die Umgestaltung des Rungholtplatzes kontrovers diskutiert. Dabei spielt auch die mögliche Umgestaltung der Bushaltestelle eine wichtige Rolle. Aus Sicht des Ortsbeirats ist eine umfangreiche und offene Bürgerbeteiligung dringlich. Das unterstützen wir. Die guten Erfahrungen im Rahmen der Gestaltung des neuen Wohngebiets „Suchsdorf an der Au“ sind dafür beispielgebend.

Verantwortlich: Arne Langniß

Elektroautos bei die Kieler Woche

Die Ratsversammlung bekennt sich zu den Zielen des "Kieler Energie- und Klimaschutzkonzeptes 2008". Wir würden es begrüßen, wenn die Autoflotte des Kieler Woche Fahrdienstes („VIP-Shuttle“) zukünftig auch mit Elektroautos und/oder Hybridfahrzeugen ausgestattet wird.

Verantwortlich: Martina Baum

Reinigung in den städtischen Gebäuden

Dem Einsatz von ausgebildeten Gebäudereinigungskräften wird noch viel zu oft die Wertigkeit verwehrt, die ihm gebührt. Das wollen wir ändern! Wir wollen künftig auf den Einsatz ausgebildeter Fachkräfte umstellen und deshalb in Eigenregie im Gebäudereinigungshandwerk bei der LH Kiel ausbilden.

Verantwortlich: Dagmar Hirdes

Kein Fracking in der Kieler Region!

Auch in der Kieler Region gibt es Pläne mit der Frackingtechnologie Öl- und Gasvorräte zu fördern. Fracking mit umwelttoxischen Stoffen kann die Qualität des Kieler Trinkwassers gefährden. Diese Gefährdung unseres wichtigsten Lebensmittels muss politisch ausgeschlossen werden. Die Kieler Ratsversammlung lehnt das Fracking mit umwelttoxischen Stoffen zur Förderung von Kohlenwasserstoffen generell und besonders in der Kieler Region ab. Sie unterstützt den Vorstoß der Landesregierung von Schleswig-Holstein zur Reform des Bergrechtes mit dem Ziel, das Fracking mit umwelttoxischen Stoffen in Deutschland zu verbieten. Auch begrüßt die Ratsversammlung das Vorhaben der Landesregierung von Schleswig-Holstein über die Aufstellung von Zielen im Landesentwicklungsplan, Fracking mit umwelttoxischen Stoffen für drei Jahre aus eigener Kraft zu verhindern. Damit soll Zeit gewonnen werden, bis es durch die Bundesratsinitiative der Landesregierung zu einer entsprechenden bundesrechtlichen Regelung kommt.

Verantwortlich: Lutz Oschmann

Zusammenarbeit mit den Hochschulen intensivieren

Die Zukunft Kiels ist ohne einen engen Schulterschluss mit unseren Hochschulen nicht denkbar.

Wir haben deshalb den neuen Oberbürgermeister beauftragt, mit der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät und dem Geografischen Institut der CAU, der Fachbereiche Wirtschaft sowie Soziale Arbeit und Gesundheit der FH Kiel und der Muthesius-Kunsthochschule in Kontakt zu treten, um in Zusammenarbeit der Stadt mit den Hochschulen grundlegende Analysen des Wirtschafts- und Arbeitsmarktstandorts, der Bevölkerungs- und Stadtentwicklung sowie der kommunalen Sozial- und Umweltpolitik in Kiel sowie der Haushalts- und Finanzsituation zu erarbeiten und Konzepte für Stadtmarketing sowie Bürger_innen-Kommunikation zu entwickeln.

Verantwortlich: Katja Günther

Landeswassergartenschau – MFG5 Gelände entwickeln!

Wir haben Mittel bereitgestellt für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie/Bewerbung für die Durchführung einer Landesgartenschau in 2020. Bedingung: die städtebauliche Entwicklung des Marinefliegergeschwader 5-Areals (MFG 5-Areal) sowie die geplante regionale LandesWasserGartenSchau (LWGS) in der Durchführung dürfen sich nicht gegenseitig behindern. Insbesondere sollen folgende Aspekte untersucht und dargestellt werden:

- Darstellung der Flächenkonzeption für das Landesgartenschauengelände sowie für die städtebauliche Entwicklung des gesamten MFG 5-Areals
- Phasenkonzept für die Entwicklung des MFG 5-Geländes unter Berücksichtigung der LWGS mit Bauabschnitten, die vorher, zeitgleich sowie nach der LWGS realisiert werden könnten, ohne dass es zu Behinderungen kommt
- Erschließung des Landesgartenschauengeländes inklusive Darstellung des ruhenden Verkehrs unter Berücksichtigung und Darstellung der bleibenden Infrastruktur, insbesondere Untersuchung der An- und Abfahrtswege zum südlichen MFG5-Geländes
- Überprüfung potentieller Außenstandorte für die LWGS, auch in Umlandgemeinden des Förde-West- und Ostufers

Der Antrag soll sicherstellen, dass die Planung und Durchführung der städtebaulichen Entwicklung und der Landeswassergartenschau gedeihlich miteinander vertaktet werden.

Beide Projekte sollen sich gegenseitig befördern, nicht aber behindern.

Verantwortlich: Arne Langniß

Die neue Kieler Sozialstaffel – ausgewogen, gerecht und finanzierbar

Mit der neuen Kieler Sozialstaffel ist uns ein großer sozialpolitischer Wurf gelungen. Gemeinsam mit Verwaltung und fast allen Ratsfraktionen haben wir kollegial und sachbezogen gut zusammengearbeitet. So macht Kommunalpolitik Spaß!

Frühkindliche Bildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind zwei Grundpfeiler Grüner Bildungspolitik.

In Kiel treiben wir seit Jahren mit erheblichen Anstrengungen den Ausbau der Kindertagesbetreuung voran, um Familien variabel, wohnortnah und individuell mit Betreuungsplätzen versorgen zu können. Mit Erfolg: Schleswig-holsteinweit stehen wir sehr gut da und haben bis jetzt die befürchtete Klagewelle bei der Versorgung mit U3-Plätzen vermeiden können.

Die Kieler Gebührensatzung ist in den letzten 8 Jahren nicht an die Preisentwicklung angepasst worden. Dabei ist eine Schieflage zuungunsten von Familien mit kleinem Einkommen entstanden, die mit der neuen Sozialstaffel ausgewogener gestaltet werden kann.

Bisher zahlen einkommensschwache Familien einen unverhältnismäßig hohen Anteil ihres Einkommens als Beitrag für die Betreuung ihrer Kinder. Auf der anderen Seite werden die Betreuungsplätze von Familien mit höherem Einkommen relativ stark subventioniert.

Unsere Ziele bei der Neufassung der Kieler Gebührenordnung und der damit verbundenen Sozialstaffel sind daher ganz klar:

- die Entlastung von finanzschwachen Familien
- und die Weiterentwicklung der Landeshauptstadt Kiel als familienfreundliche Stadt.

Dem gegenüber steht die Kompensation der entstehenden Mehrkosten, um den Haushalt der Stadt nicht weiter zu belasten. Der Elternbeitrag in Kindertageseinrichtungen ist von folgenden Faktoren abhängig:

- der Anzahl der Kinder in Betreuung,
- den täglichen Betreuungsstunden
- und den dafür festgelegten Gebühren, der Personenzahl im Haushalt und dem anrechenbaren Familieneinkommen im Verhältnis zur festgesetzten Bedarfsgrenze.

Die Sozialstaffelermäßigung in Kiel beinhaltet zwei Arten der Ermäßigung:

- Geschwisterkinderermäßigung
- Ermäßigung wegen geringem Familieneinkommen.

Kiel leistet sich eine komfortable Geschwisterermäßigung. Nur ein Kind zahlt voll, das zweite 50%, das dritte Kind gar keine Gebühr mehr – das ist einmalig in Schleswig-Holstein und das wollen wir auch so beibehalten! Wir setzen damit ein deutliches Zeichen zur Entlastung von Familien mit mehreren Kindern!

Die größten Veränderungen werden bei der Festsetzung der relevanten Einkommensgrenze vorgenommen, die nun erheblich nach oben verschoben worden ist. Bisher wird z.B. ein 3-Personenhaushalt ab einer Einkommensgrenze von 1.500 €/Monat zur Zahlung der Betreuungsgebühren herangezogen. Die neue Grenze liegt mit 1.886 €/Monat nun deutlich höher und vom Überschreibungsbetrag müssen nur noch 45% als Betreuungsgebühr gezahlt werden. Hier wird die gewollte Entlastung von Familien unterer Einkommensgruppen in ganzer Breite deutlich.

Der Geltungsbereich der Sozialstaffel wird mit der Neuregelung auch auf die Ferien- und Randzeitenbetreuung der Schulkinder in den gebundenen Ganztagschulen ausgeweitet.

Neue Gebührensätze

Derzeit sind die Gebühren so festgelegt, dass – unabhängig von der Art der Betreuung - für jede Tagesbetreuungsstunde im Monat eine Gebühr von 30 € erhoben wird, gleichgültig ob Krippe, Kita oder Hort. Die tatsächlichen Kosten liegen jedoch weit auseinander, ein U3-Platz mit intensiver Betreuung kostet mehr als das Doppelte eines Kitaplatzes. Hier werden die Eltern zukünftig einen Beitrag zu zahlen haben, der sich der in Anspruch genommenen Leistung zumindest annähert. Eine Erhöhung der Gebühren für einen Krippenplatz von 30 € auf 40 €/Tagesbetreuungsstunde im Monat ist daher angemessen. Die Kostenbeteiligung der Eltern liegt immer noch unter 25% der tatsächlich entstehenden Kosten und im Vergleich zu anderen Städten im unteren Drittel.

Die Gebühren im Elementarbereich werden ab 2015 von 30€/Tagesbetreuungsstunde im Monat auf 31 € erhöht.

Eine Erhöhung der Mittagessenkosten von monatlich 28 € auf 40 € wird nach 9 Jahren mit stabilen Gebühren durch erhöhte Lebensmittel-, Personal- und Betriebskosten ebenfalls notwendig. Familien mit Bildungs- und Teilhabegutschein sind davon nicht betroffen und zahlen weiterhin nur 1€/Tag. Von den Mehreinnahmen wird ein deutlich höherer Anteil als bisher an die Einrichtungen weitergegeben.

Mit dieser neu gestalteten Sozialstaffel setzen die Grünen in der Kooperation deutliche Zeichen für ein kinderfreundliches Kiel.

Familien mit mehreren Kindern kommen weiterhin in den Genuss der vollen Geschwisterkindermäßigung. Familien in unteren Einkommensgruppen werden erkennbar entlastet, bleiben bis zu einem höheren Einkommen von der Zahlung der Gebühren befreit und müssen dann auch nur 45% des Überschreibungsbetrages als anteilige Gebühr bezahlen. Mit den gestaffelten Gebühren für Tagesbetreuungsstunden in Krippe, Kita und Hort bilden wir die tatsächlichen Kosten für unterschiedliche Leistungen besser ab und kompensieren die bei der Entlastung unterer Einkommensstufen entstehenden Mehrkosten.

Verantwortlich: Andrea Hake

Arbeitskreise der Ratsfraktion – Mitarbeit erwünscht

Die Ratsfraktion hat 4 Arbeitskreise, die montags von 18 bis 19 Uhr im Rathaus tagen. Wenn Du Interesse an einer Mitarbeit hast melde dich einfach bei der Geschäftsstelle der Ratsfraktion an, du bekommst dann die Einladung mit der Tagesordnung zur nächsten Sitzung zugeschickt.

Michael Schlickwei
Fraktionsgeschäftsführer
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Kiel
Rathaus
Fleethörn 9
24103 Kiel
TEL 0431 901 2522
Email: gruene@kiel.de

- | |
|--|
| 1. AK Stadtentwicklung mit folgender Zuständigkeit: Stadtplanung, Flächennutzungsplanung, Umwelt- und Naturschutz, Klimaschutz und Energie, Verkehrsplanung, Bauvorhaben |
| 2. AK Bildung mit der Zuständigkeit von Jugendhilfe, Schule und Sport, |
| 3. AK Sozialpolitik mit der Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnen , Gesundheit, Sozialraumplanung, Integration, Ordnung, Sicherheit, Diversity |
| 4. AK Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft mit folgender Zuständigkeit: Angelegenheiten der Wirtschafts- und Regionalentwicklung, Hochschulen, allgemeine Kulturpflege, Kreativwirtschaft, Tourismus, Marketing, , |

Liebe Kieler Freundinnen und Freunde,

das zweite Regierungsjahr im Land liegt hinter uns, bildungspolitisch ist eine Menge passiert. Da ich am 6.9. nicht zur Jahreshauptversammlung kommen kann, weil ein guter Freund heiratet, möchte ich Euch auf diesem Wege einen kleinen Überblick geben, womit ich mich im letzten Jahr hauptsächlich beschäftigt habe, wenn nicht gerade Wahlkampf war...



Zwei neue Gesetze für modernere Schulen

Seit Januar gibt es ein **neues Schulgesetz**. Wir Grünen haben auf einen breiten Dialogprozess gedrängt. So wurden viele Anregungen im Vorfeld aufgegriffen, die Grundlinien des Gesetzes sind bei den mehr als hundert Beteiligten sehr breit getragen. Künftig gibt es von Klasse 5 bis 10 nur noch zwei Schularten: Gemeinschaftsschulen und Gymnasien – beide bieten einen glatten Weg zum Abitur.

Turbulenter war die Diskussion zum **Lehrerkräftebildungsgesetz**. Längst überfällig war eine Frischzellenkur für das Lehramtsstudium. Auch hier gab es im Vorfeld einen Dialog. Das mit den Universitäten abgestimmte Modell wurde aber auf den letzten Metern durch einen sehr viel weitergehenden Reformvorschlag ersetzt.

So war die Parlamentsdebatte extrem hitzig – aber vor den Sommerferien haben wir nun ein neues Gesetz verabschiedet. Unter dem Strich wird es mehr Fachlichkeit, teilweise auf Oberstufenniveau, in Flensburg und mehr Pädagogik in der Kieler Lehramtsausbildung geben. Für alle Lehramtsstudierenden wird zudem ein Praxissemester eingeführt und das Thema Inklusion wird neu in allen Studiengängen verankert.

Danke an alle von Euch, die auf dem Kieler Campus arbeiten und studieren, und die mit uns in der **Landesarbeitsgemeinschaft Bildung** konstruktiv die grünen Leitlinie und Verhandlungspunkte besprochen und entwickelt haben.

Veranstaltungen

Am Donnerstag
den **4.9.** um 19:00
Uhr findet die

Veranstaltung: „**Wie die wilden Kerle lernen**“ im Landeshaus statt (mehr Infos auf meiner Homepage). Zwei Monate später am Donnerstag den **6.11.** folgt Jutta Allmendinger, die sich mit Chancengerechtigkeit im Bildungssystem beschäftigt. Der Vortrag heißt wie ihr Buch: „**Schulaufgaben**“. Kommt zahlreich!



Die Diskussion um **Schulnoten** kommt ebenfalls ziemlich aufgeregt daher. Dabei wurde schon unter Ministerpräsident Carstensen (nur zur Erinnerung: CDU) die Möglichkeit geschaffen, dass in den Klassen 1-3 und 5-7 auf klassische Schulnoten verzichtet wird. In Klasse 4 MUSSTEN bislang Noten gegeben werden. An Gemeinschaftsschulen von Klasse 1-10 war das oft ziemlich absurd: Auch wenn erst in der achten Klasse Ziffernzeugnisse gegeben werden sollten, musste nach Ende der 4. Klasse ein Zeugnis mit Ziffernnoten her. Diese Veränderung ist übrigens auch ein Ergebnis des Bildungsdialoges. Werden Noten nun abgeschafft? Nein. Wenn eine Schule ab der dritten Klasse Noten geben will, kann sie das weiterhin tun – sie muss es nur beschließen.

Richtig viel mehr Geld für Bildung

Ein viele Millionen umfassendes Investitionspaket für die Sanierung der Kieler Universitätsgebäude, ein Investitionsprogramm für den Krippen- und Kitaausbau und Geld für LehrerInnen und Schulsozialarbeit: Umschichten in Bildung und gleichzeitig die Schuldenbremse einhalten – beides gelingt mit einer grünen Finanzministerin, die Bildung nicht wie ihr Vorgänger als lästige Ausgabe verbucht.

Im neuen Schuljahr sind 500 LehrerInnen mehr an den Schulen, als schwarz-gelb das 2012 vorgesehen hat – egal wie viel Getöse die Opposition macht und etwas anderes behauptet! Kein Grund aber, dass wir uns selbstzufrieden zurücklehnen, denn im bundesweiten Vergleich gibt nur NRW pro SchülerIn weniger Geld aus als wir.

Besonders stark engagiert sich das Land auch im Bereich von Krippe – bis Ende der Legislatur gibt es 80 Millionen Euro pro Jahr mehr! Künftig sollen Familienzentren und Fachberatung finanziell unterstützt werden, neue Regelungen zu sozialverträglicheren Gebühren sind schon seit einem Jahr in Kraft.

Meine Schwerpunkte: Inklusion, Flüchtlinge in Beruflichen Schulen, Vernetzung

Neben der Arbeit an Gesetzen und Haushalt lag mein Schwerpunkt im vergangenen Jahr bei dem Thema Inklusion. Viele Besuche und Gespräche haben inzwischen Grundzüge für ein Konzept entstehen lassen. Das Papier könnt Ihr bei Interesse bei mir bekommen.

Als Vorsitzende des Bildungsausschusses habe ich gemeinsam mit dem Flüchtlingsbeauftragten eine Arbeitsgruppe mit Flüchtlingsverbänden, engagierten Berufsschullehrkräften und anderen gegründet. Die Berufsschulen im Land hatten bisher keine Struktur für jugendliche Flüchtlinge. Nun sind die ersten LehrerInnenstellen dafür sind bewilligt worden und auch sonst gibt es Fortschritte.

Im Februar habe ich erstmals zu einem Treffen speziell für grüne KommunalpolitikerInnen eingeladen – die Themen Schule und Kita spielen für die Grünen in den Rathäusern und Gemeindevertretungen eine große Rolle. Die Resonanz war so groß, dass am 27. September schon ein zweites Treffen folgen wird, Schwerpunkt: Ganztagschule!

Anke vor Ort

Am liebsten aber bin ich nach wie vor in Schulen und Kitas unterwegs, rund 30 waren es im letzten Schuljahr. In Kiel war ich in der Wik, Hassee, Gaarden, Wellingdorf, Mettenhof, Hasseldieskdamm, Mitte und dem Ravensberg unterwegs, häufig mit Andrea Hake und Lydia Rudow aus der Ratsfraktion. Die Berichte zu den einzelnen Besuchen findet Ihr auf meiner Homepage www.ankeerdmann.de.



Am meisten neue Eindrücke habe ich jedoch dadurch gesammelt, dass ich seit November alle vier bis sechs Wochen einen Jungen mit Down-Syndrom im Unterricht begleite. Morgens warte ich auf dem Schulhof, gehe an der Seite des Jungen durch den Vormittag – und komme nach ein paar Wochen wieder.

Dieser Perspektivwechsel ist sehr bereichernd und hat mir in Sachen Inklusionskonzept noch mal neue Sichtweisen und Aspekte eröffnet.

Wenn Ihr Fragen habt, auf Verteiler wollt, zu Veranstaltungen kommen möchtet oder Anregungen habt, dann meldet Euch bei mir oder bei Lydia Rudow, die meine Wahlkreismitarbeiterin ist.

Herzliche Grüße, *Anke*

Kontakt: **Anke Erdmann** *Vorsitzende des Bildungsausschusses und Schulpolitische Sprecherin*
Telefon: 0431 988 1514 E-Mail: anke.erdmann@gruene.ltsh.de

Lydia Rudow *Wahlkreismitarbeiterin*
Telefon: 0176 63876005 E-Mail: regionalbuero@ankeerdmann.de



Luise Amtsberg
Mitglied des Deutschen Bundestages

August 2014

Liebe Freundinnen und Freunde,

Die Situation von Flüchtlingen scheint sich in den letzten Wochen weltweit, zumindest was die Wahrnehmung in unseren Medien angeht, dramatisch zu verschärfen. Die verzweifelte Situation der jezidischen Frauen und Kinder in den Bergen im Norden Iraks, die eingeschlossenen Menschen in Gaza in einem schier unlösbaren Konflikt, die unübersichtliche Lage in der Ukraine ... insgesamt mehr als 50 Millionen Flüchtlinge, Asylsuchende und Binnenvertriebene gibt es weltweit - so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr, so der aktuelle Jahresbericht des UN-Flüchtlingshilfswerks. Seit dem Jahr 2012 ist die Zahl der Menschen auf der Flucht um 6 Millionen gestiegen.

Bei meiner Arbeit im Bundestag und auch hier im Wahlkreis geht es mir darum, die Situation von Menschen auf der Flucht zu verbessern und das Recht eines jeden Menschen auf eine individuelles Asylverfahren und auf effektiven Rechtsschutz hier in Deutschland aufrecht zu erhalten.

Die GroKo in Berlin ist nämlich nach wie vor munter dabei, das 1993 ausgehöhlt Asylrecht weiter zu schleifen und zu verwässern, etwa in dem die so genannten sicheren Herkunftsstaaten um Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina ausgeweitet werden sollen. Dies läuft der gründlichen Prüfung des Einzelfalls zuwider. Perfide ist in diesem Zusammenhang die Aussage von Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU), der als Reaktion auf steigende Flüchtlingszahlen aus dem Irak und aus Syrien die Abwehr von Asylbewerbern etwa aus Serbien fordert. »Wir müssen Platz schaffen in unserem Land für die Menschen, die wirklich in Not sind«.

Ich habe bei der Debatte im Bundestag der Einstufung der Westbalkanstaaten als asylrechtlich sichere Herkunftsländer widersprochen, u.a. weil ethnische Minderheiten und Homosexuelle in den drei Staaten weiter diskriminiert werden, wie auch in der Anhörung von Sachverständigen im Innenausschuss deutlich wurde. Dennoch hat der Bundestag dem zugestimmt. Damit kann das zustimmungspflichtige Gesetz nur noch der Bundesrat stoppen. Bei der anstehenden Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes soll es nach Plänen der GroKo keine Verbesserungen bei der medizinischen Versorgung von Asylsuchenden geben, obwohl diese dringend notwendig wäre. Wir haben dazu eine kleine Anfrage gestellt, aus deren Beantwortung hervorgeht, dass die Bundesregierung trotz der veränderten EU-Aufnahmerichtlinien und der danach erforderlichen Verbesserungen für AsylbewerberInnen diese bei der jetzigen Reform nicht berücksichtigen wird, sondern auf einen späteren Zeitpunkt verschiebt. Hinsichtlich der zahlreichen Fälle schweren Gesundheitsschäden von AsylbewerberInnen verleugnet die Bundesregierung somit bestehende Defizite und schiebt ihre Verantwortung allein auf die Länder ab.

Dies macht einmal mehr klar, dass das Asylbewerberleistungsgesetz einzig und allein den Zweck verfolgt, Menschen zu diskriminieren. Ein solches Gesetz hat keinen Platz in der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik. Die Grundsätze unserer Verfassung gelten für alle Menschen in Deutschland.

Innerhalb kürzester Zeit hagelte es höchstrichterliche Ohrfeigen für die ausufernde Anwendung der Abschiebungshaft in Deutschland. Bereits am 17. Juli 2014 entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass die Inhaftierung von Abschiebungshäftlingen in

normalen Justizvollzugsanstalten gemeinsam mit Strafgefangenen rechtswidrig ist. Die Inhaftierung hat – wenn überhaupt – grundsätzlich in speziellen Hafteinrichtungen zu erfolgen. Als Konsequenz aus der Entscheidung des EuGH hat der Bundesgerichtshof (BGH) am 25. Juli 2014 klargestellt, dass auch die Unterbringung – wie in NRW – in einem besonderen Gebäude auf dem Gelände einer gewöhnlichen Haftanstalt unzulässig ist.

Bereits am 23. Juli 2014 hat der BGH in einer bahnbrechenden Entscheidung bestätigt, dass die Abschiebungshaft von Flüchtlingen, die im Rahmen des Dublin-Verfahrens in einen anderen europäischen Staat zurückgebracht werden sollen, weitestgehend rechtswidrig ist. Denn das deutsche Recht entspricht derzeit nicht den Anforderungen der neuen Dublin-III-Verordnung, wonach die Inhaftierung nur nach einer Einzelfallprüfung und nur dann erlaubt ist, wenn eine erhebliche Fluchtgefahr besteht. Die objektiven Kriterien, die eine Fluchtgefahr begründen, müssen gesetzlich festgelegt sein. Das ist in Deutschland nicht der Fall.

Von dieser Entscheidung ist die Mehrheit der Flüchtlinge in Abschiebungshaft betroffen. Wir Grünen fordern, dass sie ohne Wenn und Aber umgehend freigelassen werden. Flüchtlinge gehören ohnehin nicht in Abschiebungshaft! Auch die rechtswidrige Praxis der Bundespolizei, Schutzsuchende, zum Beispiel aus Syrien, nach der Einreise nach Deutschland, beispielsweise aus Dänemark, „abzugreifen“ und routinemäßig Haftanträge zu stellen, muss flächendeckend und sofort beendet werden.

Die Urteile müssen ein Weckruf sein, den hohen Wert des Grundrechts auf persönliche Freiheit endlich ernst zu nehmen. Wir Grünen im Bundestag fordern bundesweit eine drastische Reduzierung der Abschiebungshaft mit dem Ziel, sie gänzlich abzuschaffen. Leider geht die Bundesregierung den gegenteiligen Weg: Ein Referentenentwurf aus dem Bundesinnenministerium plant die maßlose Ausweitung der Haftgründe. Wird dieser Entwurf Gesetz, könnte praktisch jeder Flüchtling in Deutschland inhaftiert werden. Das muss auf jeden Fall verhindert werden, denn Flucht ist kein Verbrechen und Flüchtlinge gehören nicht in Gefängnisse!

Im Europarat wird über drakonische Maßnahmen gegen Flüchtlinge in Italien und weitere Sicherungen der EU-Außengrenzen debattiert, um die Menschen an der Flucht nach Europa zu hindern. Wir haben versucht, mit Änderungsanträgen für eine Verbesserung der Situation zu kämpfen.

Bei einer Reise der Delegation des Innenausschusses nach Bulgarien und Rumänien konnte ich im Juni an der türkisch-bulgarischen Grenze, die auch eine europäische Außengrenze mit einem Frontex-Pilotprojekt ist, die harte Grenzpolitik und die Verzweiflung der Menschen vor Ort erfahren.

Die Innenministerkonferenz hat sich im Juni auf ein neues Aufnahmekontingent von weiteren 10.000 syrischen Flüchtlingen geeinigt. Ich habe versucht in meiner Bundestagsrede klar zu machen, dass das nie und nimmer ausreichen wird, um allen Anfragen gerecht zu werden. Immerhin gibt es 76.000 Interessensbekundungen syrischer Verwandter, daran sollten sich die weiteren Aufnahmeprogramme des Bundes orientieren.

Um Euch noch besser und übersichtlicher über meine Aktivitäten im Bundestag, in meinem Wahlkreis in Schleswig-Holstein und im Europarat zu informieren, haben wir meine Homepage neu gestaltet. Schaut doch mal rein unter www.luise-amtsberg.de. Ich hoffe, sie gefällt Euch! Auch könnt Ihr meinen Newsletter abonnieren, der monatlich erscheint. Anmeldung könnt Ihr Euch unter www.luise-amtsberg.de/newsletter

Viele Grüße
Eure Luise & Team

Arne Langniß

Hallo Grüne Partei,

als euer Vertreter als baupolitischer Sprecher im Rat möchte ich euch heute über den aktuellen Stand der „Möbelkraft“-Ansiedlung informieren, und Möglichkeiten aufzeigen, wie ihr noch auf die konkrete Bauausführung Einfluss gewinnen könnt.

Zur jüngsten Historie: Nach Feststellung des ordnungsgemäßen Ergebnisses des Bürgerbeteiligungsverfahrens wurde am 3.7.2014 im Bauausschuss zwei Beschlussvorlagen vorgestellt und mehrheitlich beschlossen. Zum einen handelt es sich um den „Entwurf der 32. Änderung des Flächennutzungsplanes „Prüner Schlag – Möbelmarktzentrum...“ , zum anderen um den „Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 988 „Prüner Schlag – Möbelmarktzentrum...“ Auf Grundlage dieser Beschlüsse stimmte die Ratsversammlung am 10.07.2014 dem „Entwurf der 32. Änderung des Flächennutzungsplanes „Prüner Schlag – Möbelmarktzentrum...“ zu. Daraufhin gab die Verwaltung die Auslegung der Entwürfe mit den Begründungen vom 24.07.2014 bis zum 04.09.2014 bekannt. (Im Stadtplanungsamt der Landeshauptstadt Kiel, Rathaus, Fleethörn 9, 24103 Kiel, 4. Geschoss, in den Schaukästen auf dem Flur im Bereich des Zimmers 462b (Plankammer)).

Was heißt das jetzt? Grob skizziert:

- A) Die Änderung des Flächennutzungsplanes stellt die Fläche dar, die überbaut werden darf (aber nicht überbaut werden muss). Der Flächenzuschnitt resultiert aus Verhandlung und Informationsaustausch aufgrund eines Vorentwurfes, der nicht bindend ist. Der Flächennutzungsplan schafft noch kein Baurecht!
- B) Mit dem Entwurf des Bebauungsplanes konkretisiert die Stadt Art und Maß der zulässigen baulichen Nutzung und schafft Baurecht. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung eröffnet sich die letzte Möglichkeit , konkrete Änderungswünsche durch betroffene Bürger_innen einzubringen (also auch ihr seid gefragt).

Nun ist es nicht so, dass ein Investor ins Blaue hinein plant, sondern er informiert sich bei der Stadt (OB und Verwaltung, Ratsfraktionen) was denn so möglich erscheint (unter Vorbehalt, dass der Rat zustimmt). Im Rahmen dieses Informationsaustausches (in dem die betroffenen Ortsbeiräte auch eingebunden waren) gelang es, maßgeblich durch die Grüne Ratsfraktion, die ursprünglich angedachten 950 bis 1000 Parkplätze auf 700 zu reduzieren, um so eine Flächenreduzierung zu erreichen. Hier war der Vorschlag des grünen Bürgermeisters, die Parkplätze des gegenüberliegenden RBZ als Überlauf nutzen zu können, Ziel führend. Desweiteren haben wir weitgehend Fassadenbegrünung, Grasdächer, Solartechnik, energieeffizientes Bauen, die Bepflanzung der Parkplätze mit einheimischen Gehölzen

erfolgreich gegenüber dem Investor durchgesetzt. Grüne Belange, wie die Entsiegelung und Begrünung von Schul- und Hinterhöfen, die Verbesserung und Erweiterung von Grünanlagen-Strukturen werden zusätzlich zu den gesetzlichen Ausgleichsgeldern mit 450.000€ (aus den Einnahmen der Stadt durch den Verkauf der Fläche) gefördert.

Ich persönlich hätte mir gewünscht, dass zu diesem Zeitpunkt auch die Frage, ob Parkplätze unter die Gebäude gebaut werden, gelöst worden wäre, jedoch war es politisch nicht durchsetzbar. Der Investor hatte dies aus Kostengründen abgelehnt und war eher bereit, auf einen Teil der Parkplätze zu verzichten. Hier ein Hinweis: die beiden Ortsbeiräte Schreventeich/Hasseldieksdamm und Mitte haben mit den Stimmen aller vertretenen Parteien aktuell einen Antrag an die Verwaltung gestellt, mit dem Investor noch mal über Splitlevelparken unter den Gebäuden zu verhandeln. (Genaueres im Internet unter <http://www.kiel.de/ortsbeiraete/tagesor.php?9&4861>).

Auf diese Anträge könnt ihr euch, so ihr Anregungen und /oder Änderungen einbringen wollt, beziehen. Einsprüche könnt ihr während der normalen Öffnungszeiten im Rathaus zur Niederschrift bringen. Mit dem 4.9. sind dann die Möglichkeiten der Einflussnahme durch uns Bürger beendet.

Zum Schluss mein persönliches Fazit: Ich bedauere den Verlust des Kleingartengeländes, kann den Konsumverdruss einerseits und andererseits den Wunsch nach neuen Arbeitsplätzen nachvollziehen. Ich sehe in der ausschließlichen Nutzung von vorhandener Verkehrsinfrastruktur (keine neue Straße), der durchgesetzten Parkplatzreduzierung (wenn auch noch nicht optimal), der Gebäudebegrünung und der zusätzlichen Entsiegelung und der Förderung von Bepflanzungen in der Stadt angesichts der Kräfteverhältnisse unsere grüne Handschrift.

Da in unserer Gesellschaft noch das Soziale und das Ökonomische stärker gewichtet werden als das Ökologische, haben wir doch schon eine ganze Menge bei diesem Projekt erreicht. Lasst uns weiter an der Veränderung arbeiten!

Viele sommerliche Grüße

Arne Langniß

Kiel, 15.08.2014

P.S.: Leider sehen wir uns nicht bei der nächsten KMV, da ich dann im Urlaub bin.

Einladung zum „Come Together“

Liebe Freundinnen und Freunde,

Luise Amtsberg MdB und der Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen Kiel
laden Dich ganz herzlich zum Sommerempfang 2014 ein.

Eine kl. Lesung mit Matthias Stührwoldt und anregende Gespräche sollen uns
kurzweilige Stunden bereiten.

Wir freuen uns auf die Begegnung mit Dir am

Samstag, 06.09.2014, 15:00 – ca.18:00 Uhr

im Schrevenpark/Castello, Goethestr. 15, 24116 Kiel.

Wir bitten um **Rückmeldung bis zum 01.09.2014 per Mail oder Telefon.**

Kontakt: Luise.amtsberg.wk@bundestag.de oder Tel. 0431-557826

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Kiel

- TERMINKALENDER -

| Veranstaltung / Sitzung | Termin | Beginn | Ende | Ort | Straße |
|--|----------|--------|----------|---|-----------------------|
| Stadtteilstadt Elmschenhagen | 30.08.14 | 14.00 | 17.30 | Fritz-Lauritzen-Park | Rüsterstraße |
| Kreisvorstand | 03.09.14 | 19.00 | | Kreisgeschäftsstelle | Jungmannstr. 50 |
| Jahreshauptversammlung | 06.09.14 | 11.00 | 15.00 | Bodelschwingh-Haus | Johann-Meyer-Str. 13 |
| Sommerempfang Luise Amtsberg / Kreisverband | 06.09.14 | 15.00 | 18.00 | Schrevenpark / Castello | Goethestraße 15 |
| Stadtteilstadt Wellingdorf | 07.09.14 | 10.00 | 18.00 | Wellingdorfer Zentrum bis Schwentinebrücke | |
| Kreisvorstand | 17.09.14 | 19.00 | | Kreisgeschäftsstelle | Jungmannstr. 50 |
| Stadtteilstadt Mettenhof | 20.09.14 | 12.00 | 18.00 | Heidenberger Teich | |
| Bundesfrauenkonferenz | 20.09.14 | 10.00 | 21.09.14 | Berlin, GLS-Campus | Kastanienallee 82 |
| Neumitgliedertreffen | 08.10.14 | 17.00 | | Kiel, Landeshaus | Düsternbrooker Weg 70 |
| Kreisvorstand | 29.10.14 | 19.00 | | Kreisgeschäftsstelle | Jungmannstr. 50 |
| Zukunftswerkstatt Landesverband | 01.11.14 | 11.00 | 17.00 | Neumünster | |
| Kreisvorstand | 12.11.14 | 19.00 | | Kreisgeschäftsstelle | Jungmannstr. 50 |
| Bundesdelegiertenkonferenz | 21.11.14 | | 23.11.14 | Hamburg, Sporthalle | Krochmannstraße 55 |
| Kreisvorstand | 27.11.14 | 18.00 | 19.00 | Pumpe | Haßstraße 22 |
| Kreismitgliederversammlung | 27.11.14 | 19.00 | | Pumpe | Haßstraße 22 |
| Kreisvorstand | 17.12.14 | 19.00 | | Kreisgeschäftsstelle | Jungmannstr. 50 |
| Kreisvorstand | 07.01.15 | 19.00 | | Kreisgeschäftsstelle | Jungmannstr. 50 |